FDP-Fraktion im Römer

VORGEHEN DER ABG ZU BEGRÜSSEN

30.08.2019

Auf einhellige Zustimmung des rechtspolitischen Sprechers der FDP-Fraktion im Römer, **Uwe Schulz**, ist das Vorgehen der ABG-Holding in der Platensiedlung gestoßen. Diese hatte Mietern, die durch Drogenhandel auffällig wurden, die Wohnungen gekündigt und zwangsgeräumt.

Das Handeln mit Drogen stelle eine schwerwiegende Pflichtverletzung der Mieter dar und müsse entsprechende rechtliche Konsequenzen haben. Es könne nicht sein, dass Mietwohnungen für den Drogenhandel benutzt würden und man damit die ohnehin problematische Struktur in der Platensiedlung destabilisiere. „Die ABG hat hier die erforderliche Handlungsfähigkeit bewiesen und wurde damit auch durch das Amtsgericht Frankfurt bestätigt“, betonte Schulz.

Abgerufen am 25.11.2026 unter https://fdp-fraktion-frankfurt.de/?p=1871